

Danziger Zeitung.

№ 9092.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettelhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserlichen Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 4 Rk 50 S. — Auswärts 5 Rk. — Inserate, pro Petit-Beile 20 S., nehmen an: in Berlin: S. Albrecht, A. Reimer u. K. Hoffe; in Leipzig: Eugen Fort und S. Engler; in Hamburg: Hansen und Vogler; in Frankfurt a. M.: G. A. Daube und die Jäger'sche Buchh.; in Hannover: Carl Schüpfer.

1875.

Abonnements-Einladung.

Abonnements auf die Danziger Zeitung für Mai u. Juni nimmt jede Postanstalt, sowie die Expedition, Danzig, Kettelhagergasse No. 4 entgegen.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 28. April. Nach dem gestern vorgelegten Geschäftsabschluss der Discontogesellschaft beträgt der Reservevortrag aus 1873: 3,769,708 Thlr., dazu Gewinn aus 1874 nach Abschreibung des Verlustes: 3,320,700 Thlr., zusammen also: 6,890,408 Thlr. Hieron wird, nach Absetzung einer Specialreserve von 364,526 Thlr. und nach Deduktion der Verwaltungskosten eine Dividende von 12 Proc. beantragt. Alsdann ergibt sich neben dem allgemeinen Reservefonds von 4,176,964 Thlr. noch ein Reservevortrag von 3,377,434 Thlr. pro 1875. In dem vorjährigen Geschäftsbericht betrug die Provision: 922,103 Thlr., die Erträge aus dem Reportagegeschäft und den eigenen Werthpapieren: 1,633,656 Thlr., und der Ertrag des Wechselportefeuilles: 613,231 Thlr.

Lotterie.

Bei der am 27. April fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 151. Königlich Preussischen Klassen-Lotterie sind nachstehende Gewinne gefallen: 1 Gewinna zu 300,000 Rk auf Nr. 92,200. 1 Gewinn zu 60,000 Rk auf Nr. 22,908. 1 Gewinn zu 30,000 Rk auf Nr. 35,662. 2 Gewinne zu 6000 Rk auf Nr. 17,657, 71,867.

43 Gewinne zu 3000 Rk auf Nr. 1096 2067 2742 3393 5306 6441 7565 12,760 21,537 22,048 22,537 29,995 30,775 31,068 31,536 31,945 41,974 45,060 45,960 49,527 50,041 54,020 55,404 55,722 56,107 64,510 67,205 68,859 69,822 70,923 71,645 74,125 74,396 75,140 75,324 77,984 79,878 81,959 81,815 83,746 84,941 91,635.

59 Gewinne zu 1500 Rk auf Nr. 9451 1034 9972 10,019 11,825 12,162 21,333 21,501 23,891 24,699 25,605 27,221 27,535 30,566 32,251 34,506 35,455 38,552 39,998 41,639 42,401 42,402 42,613 43,352 44,130 45,246 46,403 47,468 49,837 51,617 53,763 55,082 56,443 61,254 64,154 65,221 65,192 65,735 67,630 72,767 75,128 75,359 77,592 77,787 82,873 84,082 84,488 86,118 87,239 88,734 88,760 89,432 90,688 91,315 92,789 94,061 94,430 91,698 94,774.

77 Gewinne zu 600 Rk auf Nr. 11 5 5193 5311 6380 7006 7212 8706 9898 9935 10,116 10,382 10,418 11,413 11,525 11,843 14,111 14,932 17,164 17,674 18,753 21,221 21,266 23,991 24,526 27,068 27,242 28,248 28,448 29,621 31,134 32,106 35,023 36,298 37,645 37,729 37,862 38,566 39,318 40,642 41,817 43,021 44,865 47,792 48,754 49,566 50,892 52,494 52,499 52,868 53,968 55,833 58,408 61,370 63,341 63,523 64,244 65,473 69,519 69,619 71,096 73,816 73,926 77,786 78,269 79,671 79,690 80,101 89,187 89,484 90,247 91,346 91,572 92,245 92,665 92,757 93,562 94,313.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wiesbaden, 27. April. Die Rückreise des Kaisers nach Berlin ist nach dem bisher getroffenen Dispositionen auf nächsten Sonntag Abend 7 1/2 Uhr festgesetzt. Vorher wird noch der Besuch des Großherzogs von Baden erwartet.

Florenz, 27. April. Der Kronprinz Humbert und die Kronprinzessin Margherita nahmen heute bei dem Kronprinzen und der Kronprinzessin des Deutschen Reichs im Hotel des Dejeuner ein. Die kaiserlichen Herrschaften wohnten darauf dem Pferderennen in den Cascinen bei.

Barcelona, 27. April. Der General Arrando hat in der Provinz Gerona die Carlisten geschlagen. Letztere erlitten erhebliche Verluste.

London, 27. April. Sitzung des Unterhauses. Der Antrag Beggars, das Gesetz betreffend die Wiltshire Ausnahme-Gesetze für Irland nicht durch Comiteberatung zu erledigen, wurde mit 155 gegen 69 Stimmen abgelehnt. Das Haus trat darauf in die Comiteberatung ein und nahm mehrere Paragraphen des Gesetzes an.

Abgeordnetenhaus.

54. Sitzung vom 27. April. Fortsetzung der zweiten Beratung des Gesetzes über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden. Der 3. Abschnitt (§§ 27-36) handelt von der Wahl der Kirchenvorstände und der Gemeindevertreter. Die §§ 27-29 werden gemeinsam diskutiert. § 27: „Wahlberechtigt sind alle männlichen, volljährigen, selbstständigen Mitglieder der Gemeinde, welche bereits am Tage in derselben, oder wo mehrere Gemeinden am Orte sind, an diesem Orte wohnen und zu den Kirchenlasten nach Maßgabe der bestehenden Verpflichtung beitragen. Selbstständig sind diejenigen, welche einen eigenen Hausstand haben oder ein öffentliches Amt bekleiden oder ein eigenes Geschäft oder als Mitglied einer Familie deren Geschäft führen. Als selbstständig sind nicht anzunehmen diejenigen, welche unter Vormundschaft oder Pflegschaft stehen oder welche im letzten Jahre vor der Wahl armuthshalber aus öffentlichen Mitteln Unterstützung erhalten oder Erlaß der kirchlichen Beiträge genossen haben.“ § 28: „Von der Ausübung des Wahlrechts sind ausgeschlossen diejenigen: 1) welche nicht im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sich befinden; 2) welche wegen eines Verbrechens oder wegen eines solchen Vergehens, welches die Absetzung der bürgerlichen Ehrenrechte nach sich ziehen kann, in Untersuchung sich befinden; 3) welche im Concurrenz sich befinden; 4) welche mit der Bezahlung kirchlicher Umlagen über ein Jahr im Rückstande sind.“ § 29: „Wahlbar sind die wahlberechtigten Mitglieder der Gemeinde, welche das dreißigste Lebensjahr vollendet haben, sofern sie nicht nach § 28 von der Ausübung des Wahlrechts ausgeschlossen sind.“

Abg. Bach (Pfarver in Bismar) erklärt sich gegen den Paragraphen, weil nach der allgemeinen Fassung desselben auch Excommunicirte und von kirchlichen Censuren Betroffene an der Wahl theilnehmen könnten. Ebenfalls gehört zur Wahlbarkeit eine gewisse moralische und auch religiöse Qualifikation, denn der Kirchenvorstand hat nicht bloß die Geldangelegenheiten zu verwalten, sondern in manchen Gemeinden auch die gottesdienstliche Ordnung zu bestimmen. Man hat auch in evangelischen Kirchenordnungen derartige Bestimmungen über kirchliche Qualifikation aufgestellt.

Abg. v. Kärtz erklärt sich in demselben Sinne; eine kirchliche Qualifikation muß für kirchliche Wahlen bestehen.

Abg. Welter (Altathol.) hält es dagegen für möglich, eine Bestimmung über die kirchliche Qualifikation aufzunehmen; eine derartige Bestimmung, wie sie den Ultramontanen paßt, würde nicht in den Rahmen dieses Gesetzes passen; denn die einzige Möglichkeit, eine Entscheidung darüber herbeizuführen, wäre die, daß der Bischof die Entscheidung in der Hand hat. Eine solche Bestimmung ist aber auch überflüssig; denn das kirchliche Bewußtsein wird schon dafür sorgen, daß die Wähler eine unkirchliche Leute wählen. Jedenfalls aber müssen alle diejenigen, die bezahlen, auch an der Verwaltung des Kirchenvermögens theilnehmen. Um innere Angelegenheiten hat sich der Kirchenvorstand nicht zu kümmern.

Abg. Windthorst (Weppen) bemerkt, daß man in der evangelischen Kirchenordnung eine solche Qualifikation aufgeschoben; es ist eine Signatur der Zeit, daß die Regierung und die Commission es unterlassen, eine solche Qualifikation aufzustellen. Es wird eine Zeit kommen, wo die wahre Intention dieser Unterlassung zu Tage treten wird. Nehmer will heute unterlassen, sie zu charakterisiren, weil er die Intervention des Präsidenten fürchtet; denn es giebt Dinge, die man parlamentarisch nicht sagen kann.

Abg. Jung: Zur Kirchengemeinde gehören für uns diejenigen, welche zur Kirchentaxe beitragen. Wir können uns nicht um alle die Bedingungen kümmern, die die Herren im Centrum aufstellen, die einen richtigen Katholiken ausmachen, denn es sind alles vage Bestimmungen, die nirgends geschrieben stehen. Ich habe Ihnen in der Commission einen Census vorgeschlagen, den Census der Bildung, den ich bei dem allgemeinen Wahlrecht allein noch für möglich halte; die Wahlbaren sollten wenigstens schreiben können, das haben aber die Herren mit Entrüstung zurückgewiesen. (Heiterkeit.) Würde eine Bestimmung über die kirchliche Qualifikation aufgenommen, so würden manche Leute ausgeschlossen, die es nicht verdienen. Es giebt kein wahrhaftigeres Verbrechen, als die kirchliche Sittenrichterei, welche zuletzt noch alle selbständig und freiständig denkenden Menschen aus der Kirche herantreiben wird.

Abg. Dausenb. erg. Der Vorredner meint wir hätten das Kriterium der Bildung zurückgewiesen; das ist nicht ganz richtig. Die Commission in ihrer Weisheit hat es abgelehnt, eine solche Bestimmung aufzunehmen, und auch der Ministerialdirector ist hier für sich dagegen erklärt und zwar aus dem ganz praktischen Grunde, daß jemand zum Kirchenvorsteher erwählt werden kann, der sich in der Jugend eine genügende Bildung angeeignet, aber im späteren Lebensalter, wie das leicht möglich ist, bei der praktischen Arbeit das Schreiben verlernt hat. Uebrigens würde die Ablehnung einer solchen Bestimmung ganzlich den Bestrebungen der katholischen Kirche widersprechen, die es sich immer hat angelegen sein lassen, die Bildung zu befördern. (Heiterkeit.)

Abg. Wehrenpennig: Es handelt sich hier nur um die Vermögensverwaltung, während in der evangelischen Kirchengemeinde- und Synodalordnung bestimmt ist: „Die Kirchengemeinden haben ihre Angelegenheiten zu verwalten.“ Wenn eine Kirchenordnung für ihre inneren Angelegenheiten gemacht werden soll, müssen Sie kirchliche Qualifikationen bestimmen, wie Sie wollen; ich werde mich nicht hineinmischen.

Referent Gneist: Es ist nicht Aufgabe des Staates, sich um den kirchlichen Charakter eines Kirchenvorstandes, der nur die Vermögensverwaltung zu betreiben hat, zu kümmern. Würden wir eine solche Bestimmung aufgenommen haben, so würden Sie einen lauten Widerspruch erheben, daß der Staat die Kirche macht. Etwas Anderes wäre es, wenn sich hier um eine Kirchenordnung handelte, die über Kirchengeld, Liturgie u. s. w. Bestimmungen treffen soll; dann könnte die Aufstellung von Vorschriften über die kirchliche Qualifikation in Betracht kommen.

Die §§ 27-29 werden hierauf unanversändert angenommen, ebenso die §§ 30-32. § 30 lautet: „Geistliche und andere Kirchendiener gehören nicht zu den wahlberechtigten und wählbaren Mitgliedern der Gemeinde.“ § 31 bestimmt, daß Niemand zugleich Kirchenvorsteher und Gemeindevertreter sein kann; in § 32 und dem nachgehenden Wahlordnung von 14 Artikel wird das Wahlverfahren der Gemeindevertretung geregelt. § 33 wird in folgender Art angenommen: „Die Petri abgeordneten und Gemeindevertreter sind in ihr Kirchenvorsteher und auf seine Erfüllung ihrer Obliegenheiten zu verpflichten.“ § 34, welcher von den Urteilen der Ablehnung eines Gemeindevorstandes handelt, wird unverändert angenommen, ebenso die §§ 35 und 36, welche von der Dauer und Erledigung des Amtes der gewählten Kirchenvorsteher handeln; desgleichen die §§ 37 und 38 (Fortfall der Gemeindevertretung in den Fällen, wo geringe Vermögens, zertheute Wohnsitze u. s. w. die Bildung einer Gemeindevertretung unmöglich oder unthunlich erscheinen lassen). Unverändert genehmigt werden auch die §§ 39 und 40 (Entlassung eines Kirchenvorstandes oder Gemeindevertreters und Auflösung des Kirchenvorstandes oder der Gemeindevertretung), sowie die §§ 41 und 42, welche von der Stellung der Patrone und andere, Berechtigter handeln.

In Bezug auf das Patronatsrecht der Gemeinden beantragen die Abg. Jung und v. Cuny folgenden neuen § 42a: „In den Landestheilen, in welchen die kirchliche Gemeinde zur Aufbringung von Kosten für die kirchlichen Bedürfnisse der Pfarrengemeinden gesetzlich verpflichtet ist, muß sowohl der Etat, als auch die Jahresrechnung zugleich mit der im § 23 angeordneten öffentlichen Auslegung dem Bürgermeister abgetrennt öffentlich mitgetheilt werden.“ — Abg. v. Cuny:

Die bürgerliche Gemeinde hat auf dem linken Rheinufer die Kosten für die kirchlichen Bedürfnisse der Pfarrengemeinden aufzubringen, ist also wesentlich an deren Vermögensverwaltung interessiert und der Bürgermeister war dort bisher nach dem Kirchenfabrikgesetz von 1809 Mitglied des Kirchenfabrikats. Für dieses durch das vorliegende Gesetz aufgehobene Recht der bürgerlichen Gemeinden soll der § 42a einen gewissen Ersatz bieten. — Ref. Gneist theilt mit, daß in der Commission ein Antrag, auf dem linken Rheinufer die bisherige Stellung der Bürgermeister in der Kirchengemeinde aufrecht zu erhalten, abgelehnt worden sei, glaubt aber, daß, wenn ein so beschriebener Antrag wie der § 42a der Commission vorgelegt hätte, er von derselben befürwortet worden wäre. — Abg. Windthorst (Weppen) erklärt es für einen Mißbrauch des dem Referenten zustehenden Rechtes das letzte Wort zu haben, wenn er es zur Befürwortung eines in der Commission nicht gestellten Antrags benützt. Und da seiner Partei bei jeder Gelegenheit das Wort entzogen werde, müsse er um so strenger darauf achten, daß das Privileg des letzten Wortes nicht zu ihren Ungunsten ausgeübt werde. — Vicepräsident Dr. Loewe erklärt, dem Berichterstatter sei es immer gestattet gewesen, über ein Amendement, das der Commission nicht vorgelegen habe, nach seiner persönlichen Auffassung und nach dem Geiste, der in der Commission vorherrscht, seine Meinung auszusprechen. Ueber die Frage des Abg. Windthorst wegen Entziehung des Wortes werde die Versammlung ihr Urtheil sprechen. (Ja wohl! im Centrum.) — Abg. Jung: Von einer Entziehung des Wortes könne wohl nicht die Rede sein, wenn eine Minorität drei Mal so viel spreche, als die Majorität. — Ref. Gneist hält es nicht nur für das Recht, sondern für die Pflicht des Referenten, ein Gutachten abzugeben, wenn aus dem Hause in den Organismus der Vorlage eingreifende Anträge kommen. — § 42a wird nach dem Antrag Jung und von Cuny angenommen.

Abchnitt VII. enthält in den §§ 43-45 werden fährungs-Bestimmungen. § 43, 44 und 45 werden genehmigt. — § 46: „Weigert sich ein Kirchenvorsteher, sein Amt zu übernehmen oder auszuüben, so ist eine Uebernahme anzuordnen. Weigert sich auch der neu gewählte Kirchenvorsteher, sein Amt zu übernehmen oder auszuüben, so ist der Regierungspräsident (Landdrost) befugt, den Kirchenvorsteher aus den wählbaren Mitgliedern der Gemeinde zu bestellen.“ — Abg. Windthorst (Weppen): Der § 46 beweist den Respekt, den man vor der Selbstverwaltung der Gemeinden hat, denn ein von der Regierung bestellter Kirchenvorsteher ist doch gewiß kein Organ der Gemeinde. — Referent Gneist: Der Regierung bleibt in der That gar nichts anderes übrig, als das in § 46 angegebene Mittel, damit die Gemeinde überhaupt einen Vorstand bekommt. — § 46 wird angenommen.

§ 47: „Kommt die Wahl der Kirchenvorsteher überhaupt nicht zu Stande oder weigert sich die Mehrzahl der gewählten Kirchenvorsteher, ihr Amt zu übernehmen oder auszuüben, oder muß der nach erfolgter Auflösung neu gewählte Kirchenvorstand aufgelöst werden, so ist der Regierungspräsident (Landdrost) befugt, eine solche Uebernahme anzuordnen. Kommt die Wahl der Gemeindevertreter nicht zu Stande oder weigert sich die Mehrzahl der Gemeindevertreter, ihr Amt zu übernehmen oder auszuüben, oder muß die nach erfolgter Auflösung neu gewählte Gemeindevertretung aufgelöst werden, so ist der Regierungspräsident (Landdrost) befugt, sowohl die Geschäfte des Kirchenvorstandes, als auch die der Gemeindevertretung communis fiscalis besorgen zu lassen.“ — Abg. Windthorst (Weppen): Hier geht es mit der Freiheit der Gemeinde noch einen Schritt weiter. Ich dachte, man könnte es der Gemeinde nicht überlassen, selbst zu bestimmen, was nach ihren Ansichten für ihre Interessen zweckmäßig sei. — Referent Gneist: Wenn der Staat für die Erhaltung des Zwangsvermögens zu sorgen hat, so kann es doch nicht der kleinen Gemeinde überlassen bleiben, ob dieses Vermögen überhaupt verwaltet werden soll, oder nicht. Von Vermögensverwaltung ist hier keine Rede! Sie (zum Centrum) können keinen besseren Verwalter für das Vermögen finden, als den preussischen Staat und wenn Sie nach dem selbst gehen. (Heiterkeit.) — § 47 wird angenommen.

Abchnitt VIII. handelt in den §§ 48-55 von Aufschreibe. Zunächst wird über die §§ 48, 48a, 49 und 49a bis o debattirt.

Abg. Welter: Mit Annahme der Commissionsvorlage läßt jede Selbstverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden auf, die Gemeindefürsorge ist nur ein Errektionorgan der Regierung. Ich lebe inmitten einer katholischen Bevölkerung und wenn ich mich zu deren Gefühlen und Anschauungen auch ziemlich kühl verhalte, so habe ich doch ein Ohr für dieselben und muß constatiren, durch dieses Vorwurmsystem würde den Gefühlen der katholischen Bevölkerung nicht entsprochen werden. In die evangelische Synodalordnung hat man solche Bestimmungen wie die hier zur Discussion stehenden nicht aufgenommen und darin liegt eine ungleiche Behandlung der evangelischen und katholischen Kirche. Man kann aber die geistliche Leitung der Verwaltung denken, wenn man will; Untrene kann man ihr nicht vorwerfen. Es ist mir allerdings ein Fall einfallen, daß eine Gemeinde ihr Capital in der neuen päpstlichen Anleihe anlegte; dies geschähe aber nicht auf Anweisung sondern auf bloßes Anrathen der bischöflichen Behörde. Wenn das vorliegende Gesetz einige Jahre in Wirksamkeit gewesen wäre, wird die Regierung zu sehen, in welchen Fällen die staatliche Aufsicht nöthig ist und dann mag sie aus ihre Vorschläge unterbreiten. Der Staat hat die kirchlichen Verhältnisse so zu ordnen, daß die Kirche, welche natürlich den Staatsgesetzen unterworfen ist, volle Freiheit behält, ihre inneren Angelegenheiten zu ordnen. Andernfalls richten wir den Polizeistaat, den wir auf der einen Seite niederreißen, auf der anderen wieder auf.

Abg. Windthorst (Weppen): Die Absicht der vorliegenden Paragraphen, die zu den wichtigsten des ganzen Gesetzes gehören, ist offenbar die, die Verwaltung des Kirchenvermögens wesentlich in die Hand der weltlichen Behörde zu legen. Die Urheber dieser Paragraphen scheinen einen merkwürdigen Begriff von Freiheit zu haben. Freiheit heißt bei Ihnen, Alles in die Hände des Staates legen, den Sie jetzt leiten. Frei sind die Gemeinden, wenn sie die Melodie, die ihnen Herr Wehrenpennig vorsingt, nachsingen; sonst sind sie unfrei und müssen genau befolgen, was das in Berlin gemachte Recept ihnen vorschreibt. Thun sie das nicht, so wird ihnen ein Commissar gegeben, der die Melodie des Herrn Wehrenpennig besser versteht als sie. So weit sind die Männer der Freiheit gekommen (Umrufe); liberal im alten Sinne des Wortes können sie sich nicht mehr nennen.

Abg. Windthorst (Weppen): Grade die Furcht vor dem Polizeistaat, den die Vorredner so perhorresciren, führt dazu, das System der Commission anzunehmen, weil darin der Umfang der staatlichen Aufsichtrechte genau bestimmt wird, während sie in dem Regierungsentwurfe viel zu unbestimmt fixirt und daher zu weitgehende waren.

Ref. Gneist: Es ist überhaupt keine Selbstverwaltung ohne Staatsaufsicht möglich, und unsere großen communalen Körperschaften haben gerade deshalb verlangt, daß der Umfang der staatlichen Aufsichtrechte gesetzlich festgestellt wurde, und haben gegen jene allgemeine Klausel des französischen Rechts gekämpft: Ihr könnt beschließen, was ihr wollt, vorbehaltlich der Genehmigung der Staatsbehörde. Das ganze englische Selbstgovernment beruht auf der gesetzlichen Festsetzung der Staatsaufsicht; die wahre Freiheit ist daher die freie Bewegung in den Schranken des Gesetzes (Widerspruch im Centrum) und nicht, wie Herr Windthorst meint — der mitunter thut, als ob ihm das englische Recht ganz bekannt wäre (Große Heiterkeit) — die absolute Lizenz, auch nicht die tägliche Appellation an die allermateriellen Begriffe der individuellen Unabhängigkeit, mit welcher eine Partei, die im Namen Gottes und der Religion hier auftritt, doch vorstellig sein sollte. (Umrufe im Centrum) Das geltende Recht, insbesondere das preussische Landrecht, von dem Herr Welter nichts gehört zu haben scheint, enthält zehn Mal soviel Beschränkungen der Dispositionsbefugnisse der Gemeinden, als die 8 Nummern des § 49a, die österreichischen Gesetz mit ihrer allgemeinen Einspruchs-Klausel hundert Mal so viel, und das sollte eine Partei, die für Wahrheit, Freiheit und Recht kämpft, doch anerkennen! (Heiterkeit und Beifall links.)

Abg. Windthorst (Weppen) zur Geschäftsvermutung: Ich bin der Meinung, daß der Abg. Gneist seine Stellung als Referent so eben gemißbraucht hat. (Heftiger Widerspruch links.) Statt die hier nicht erörterten Gründe der Commission vorzutragen, hat er sich, wie geheißen, über Mitglieder und Parteien des Hauses geäußert, ohne daß eine Möglichkeit vorhanden wäre, ihm zu antworten. Ich habe dies hervor, damit ein solches Referiren nicht hier Ufance wird. (Beifall im Centrum.) — Präsident v. Bernigau: Ich wünsche die vorliegende Verhandlung im Laufe der Debatte überhaupt und besonders im Schlußreferat vermieden zu sehen, möchte aber zur Festhaltung des Referenten bemerken, daß die Vorschläge der Commission mit besonderer Bitterkeit angegriffen worden sind. — Persönlich verwahrt sich Abg. Welter gegen den ihm gemachten Vorwurf der Unkenntnis des Allgemeinen Landrechts. Eine derartige Sprache mag unter Professoren Mode sein. (Umrufe links.) — Abg. Windthorst mag sich an, etwas von englischen Recht zu verstehen, obwohl er nicht Professor in Berlin ist. — Der Referent erwidert, er habe nur die bitteren Worte, welche der Commission gemacht worden, zurückgewiesen, welcher der Abg. Windthorst u. A. imputirt, sie habe merkwürdige Begriffe von Freiheit. — Die §§ 48-49a werden hierauf unverändert genehmigt, ebenso die §§ 50 und 51.

Mit § 52 beginnen die Schluß- und Uebergangsbestimmungen. Unter § 53 hat die Commission folgenden § 53a eingeschaltet: „Die den bischöflichen Behörden gesetzlich zustehenden Rechte in Bezug auf die Vermögensverwaltung in den Kirchengemeinden ruhen, so lange die bischöfliche Behörde diesem Gesetze Folge zu leisten verweigert, oder so lange das betreffende Amt nicht in gesetzmäßiger Weise ist. Eine solche Verweigerung ist als vorhanden anzunehmen, wenn die bischöfliche Behörde auf eine schriftliche Aufforderung des Oberpräsidenten nicht binnen 30 Tagen die Erklärung abgibt, den Vorschriften dieses Gesetzes in allen Punkten Folge leisten zu wollen. Die den bischöflichen Behörden zustehenden Befugnisse gehen in solchen Fällen auf die betreffende Staatsbehörde über.“ — Abg. Sarrazin bezeichnet diesen und den nachfolgenden, ebenfalls von der Commission hinzugefügten Paragraphen als ein paar erratische Blöcke, welche den Bischöfen die Theilnahme an der Ausführung des Gesetzes unmöglich machen müßten, selbst wenn sie über die übrigen Steine des Anstoßes hinweg können. — Abg. Wehrenpennig glaubt, daß nach den Umständen des Erzbischofs von Köln eher das Gegentheil eintreten werde. Sollte das Gesetz wider Erwarten unter Mitwirkung der Bischöfe ausgeführt werden, so werde das zweite Alinea gewiß keinen Schaden anrichten. — Ministerialdirector Förster tritt diesen Ausführungen bei, hat jedoch gegen die Fassung des Paragraphen einige Bedenken, welche sich nach der Ansicht des Referenten in der dritten Lesung durch eine präzisere Formulirung beseitigen lassen werden.

Mit § 53b wird von Wehrenpennig und Gen. beantragt: „So lange in einer Kirchengemeinde die kirchlichen Vermögensangelegenheiten communis fiscalis besorgt werden (§ 47), dürfen an solche Geistliche, denen gegenüber die Leistungen aus Staatsmitteln eingestellt sind oder die exrecutiv die Beibehaltung der Abgaben und Leistungen im Verwaltungswege nicht stattfindet, auch aus dem kirchlichen Vermögen Beschlüsse nicht gezahlt werden.“ — Abg. Wehrenpennig führt aus, daß der Staat genöthigt war, die Hand auf die öffentlichen Mittel zu legen, die aus den Staatskassen den ungesunden Geistlichen zufließen. Sollte es zur Sicherung der Existenz des Staates nothwendig sein, so wird man auch davor nicht zurückzudenken dürfen, das Prindelvermögen in die Hand zu nehmen. Zahlungen an einen in offenem Widerspruch mit den Staatsgesetzen handelnden Geistlichen aus dem kirchlichen Vermögen gehören in der That zu denjenigen, gegen welche die Staatsbehörde nach dem Grundgesetz des § 49a Einspruch zu erheben befugt sein müßte. Wenn dieser Fall in den Paragraphen nicht aufgenommen worden, so liege der Grund nur in der hoffentlich transitorischen Natur des Conflicts. Ein solcher Vorbehalt des Auf-

schreibe. Zunächst wird über die §§ 48, 48a, 49 und 49a bis o debattirt.

Ständrecht sei deshalb besser in den „Uebergangsbestimmungen“ aufzunehmen, die sich eventuell durch Wiederherstellung eines gesetzmäßigen Verhaltens stillschweigend erledigen und wegfallen würden. — Ministerialdirector Förster erklärt im Namen der Staatsregierung das Einverständnis mit dem Antrage Wehrenpennig's. — Nach einer längeren Ausführung des Abg. Menten gegen den Antrag, die jedoch bei der schwachen Stimme des Redners und der im Saale herrschenden Unruhe nicht verständlich war, nimmt das Haus den Wehrenpennig'schen Antrag an. — Desgleichen die Schlussparagrafen 54 u. 55. Zwei zu diesem Gesetze vorliegende Resolutionen werden bis zur dritten Beratung zurückgestellt. Damit ist die zweite Beratung dieses Gesetzes erledigt. — Nächste Sitzung Mittwoch.

Danzig, den 28. April.

Die Reichsjustizcommission, welche vorgestern ihre Arbeiten aufnahm, hat zunächst die Beratung der Civilprozeßordnung in Angriff genommen, aber zugleich beschlossen, die correspondirenden Theile des Gerichtsverfassungsgesetzes mit in Betrachtung zu ziehen. Sie hat bereits einen für den Handelsstand folgenreichen Beschluß gefaßt, sie hat nämlich die Handelsgerichte vollständig gestrichen. Es bot sich zweimal Gelegenheit, über diese Frage abzustimmen; das erste Mal wurde die Aufhebung der Handelsgerichte mit allen gegen drei, das zweite Mal mit allen gegen eine Stimme (Advocat Dr. jur. Wolfson-Hamburg) angenommen. Wir begnügen uns für heute, den uns über die Verhandlungen zugegangenen, den Beschluß motivirenden Bericht zu reproduciren. „Zur Begründung des Beschlusses — schreibt man uns — wurde hauptsächlich angeführt, daß die Handelsgerichte Standesgerichte seien, und diese gelte es principiell zu vermeiden, ferner, daß sie in einem großen Theile Deutschlands nie Wurzel gefaßt hätten, und daß sich selbst in Gebieten mit großem Handel und bedeutender Industrie kein Bedürfnis für sie gezeigt habe. Früher, als einestheils das ordentliche Prozeßverfahren sehr weitläufig und schwierig gewesen sei, andertheils eine Codification des Handelsrechts noch nicht existirt habe, möge ein solches Bedürfnis vorhanden gewesen sein; heute werde das ordentliche Prozeßverfahren ebenso schnell und leicht gehandhabt wie das Verfahren vor den Handelsgerichten. Die in Betracht kommenden nicht codificirten Urfachen des Handels aber könnten die juristisch gebildeten Richter nöthigenfalls durch Sachverständige kennen lernen, umso mehr, als dieselben auch den Handelsrichtern in der Regel nur bekannt seien, wenn es sich um Prozeße ihrer besonderen Handelsbranche handle. Die Commission verhehle sich nicht, daß in manchen Kreisen des Handelsstandes ihr Beschluß wenig Befriedigung hervorgerufen werde, glaube aber, daß bei Einführung des neuen Verfahrens der Handelsstand sich selbst überzeugen werde, daß besondere Handelsgerichte durch seine Interessen nicht mehr geboten seien, zumal die ganze Construction der Gerichtsordnung die Zuziehung von Handelsrichtern in der zweiten Instanz in keinem Falle gestattet haben würde. Zu bemerken ist hierbei jedoch, daß die Frage, ob und in welchem Maße die deutsche Gerichtsverfassung die Befehung der Gerichte mit Laienrichtern auch in Civilsachen zulassen soll, durch die vorstehende Entscheidung nicht getroffen wird.“

Der Oberkirchenrath hat sich bemüht gefunden, dem Cultusminister seine Beforgnisse wegen der Aufhebung des Art. 15 der Verfassung auszudrücken. In dem betreffenden Schreiben wird dieser Gesetzgebungsact geradezu beklagt, da durch die Aufhebung der verfassungsmäßigen Sanction der Selbstständigkeit der evangelische Kirche weit mehr als die römisch-katholische getroffen werde.“ Grabe für die evangelische Kirche in Preußen mehr als für irgend eine andere Landeskirche habe das in Art. 15 ausgesprochene Prinzip, die Befreiung von einem bis dahin als positives Recht bestehenden, die Selbstständigkeit der Kirche gradezu negirenden Grundgesetz zu bedeuten“ gehabt. Der Oberkirchenrath hatte daher das Staatsministerium um die ausdrückliche Versicherung ersucht, daß der in Art. 15 sanctionirte Grundsatz auch ferner werde festgehalten werden. Der Cultusminister war in der glücklichen Lage, auf dieses Ersuchen mit einem einfachen Hinweis auf die von ihm und dem Ministerpräsidenten im Abgeordnetenhaus ausdrücklich abgegebenen Erklärungen erwidern zu können. In seinem Schreiben betont er, daß es sich nur darum handle, „der Gesetzgebung freie Bahn zu schaffen, um den Staat unter allen Umständen gegen den seine Hoheitsrechte mißbrauchenden und damit seine Existenz gefährdenden, von Rom geleiteten katholischen Clerus zu sichern. Dann hebt er hervor, daß die Rechtsordnung der evangelischen Kirche „überhaupt nicht auf dem Art. 15 der Verfassungsurkunde, sondern auf staatlichen und kirchlichen Specialgesetzen beruht“, und „daß bei dem weiteren Ausbau der evangelischen Kirchenverfassung auf diesem Wege fortgegangen werden wird.“ Zugleich versichert er, daß dies nicht bloß seine persönliche sondern auch die Auffassung des Staatsministeriums sei und daß dieselbe auch seitens der Landesvertretung keinerlei Widerspruch erfahren habe. Damit werden denn hoffentlich die in evangelischen Kreisen gehegten Befürchtungen endgiltig zerstreut sein. Da übrigens das Schreiben des evangelischen Oberkirchenraths erst vom 17. April datirt, die ausdrücklichen Erklärungen der Minister aber bereits am 16. April in der öffentlichen Sitzung des Abgeordnetenhauses abgegeben wurden, so begreift man nicht recht, wie der Oberkirchenrath diese Aeußerungen vollständig unberücksichtigt lassen resp. wie er eine weitere Versicherung von Seiten des Ministeriums überhaupt noch für nöthig halten konnte.

Seitens der Organe der Fortschrittspartei kommt der Unmuth über die Annahme der Provinzialordnung in der gegenwärtigen Gestalt noch nicht zur Ruhe. Merkwürdiger Weise richtet sich die Kritik aber nicht gegen die eigene Fraction, die bekanntlich zur größeren Hälfte für das Gesetz gestimmt hat, sondern gegen die National-liberalen, welche die Schuld tragen sollen, daß von der Regierung nicht größere Concessionen erlangt sind. Es ist das alte Spiel. Beide liberalen Fractionen stehen ja im Grunde auf demselben Standpunkte, bei festem Zusammenstehen würden sie einen größeren Einfluß auf die schließliche Gestalt der Gesetze ausüben, als jetzt. Bei den beständigen Gähleien wird

aber die nationalliberale Fraction, um eine Majorität zu erzielen, gezwungen, mit den mehr nach rechts gehenden Fractionen eine Verständigung zu suchen. Die Fortschrittspartei überläßt den Nationalliberalen das Obium des Compromisses, stimmt, weil eine Majorität sicher ist, oft gegen die Vereinbarungen und schiebt es nun der nachstehenden Fraction in die Schuhe, daß die Gesetze nicht noch liberaler ausgefallen sind. Jetzt hat man noch eine neue Klage. — Ja — heißt es — hätte nur der Abg. Lasker an den Verhandlungen Theil nehmen können, er würde sich wahrscheinlich auf den Standpunkt der Bedingungen gestellt haben, an welche die kleinere Hälfte der Fortschrittspartei ihre Zustimmung zu dem Gesetze knüpfen zu müssen glaubte. Nun war aber die hauptsächlichste dieser Bedingungen ein anderes, die Städte mehr begünstigendes Wahlsystem, und es ist eine in unterrichteten Kreisen bekannte Thatsache, daß die Regierung das zur Annahme gelangte System gerade auf den Vorschlag des Abg. Lasker acceptirt hat. Freilich war die Veseitigung der Bezirks-Regierungen wenigstens als wirkliche Zwischeninstanz ein dringender Wunsch, den der jetzt kranke Abgeordnete mit den meisten seiner Freunde theilte, und die Erfüllung dieses Wunsches wäre möglich gewesen, wenn — wie wir bereits hervorgehoben — nicht die fortschrittlichen Abgg. v. Sauten und Bender ihn in der Commission zu Falle gebracht hätten. Die übrigen Punkte waren nicht so wichtig, daß Lasker um ihrerwillen das ganze Gesetz hätte daran scheitern lassen. Der schon häufig gemachte Versuch, ihn in Gegenatz zu dem Gros seiner Partei zu stellen, ist wohl nie mit weniger Grund gemacht worden, als gerade jetzt.

In Spanien scheint eine Wendung in der inneren Politik bevorzustehen. Der Ministerpräsident Canovas del Castillo ist zur Einsicht gelangt, daß eine Allianz mit den Moderados, d. h. mit den Reactionär-Cleralen, ihn in immer größerer Verlegenheit stürzt; ein Bruch mit den reactionären Mitgliedern des Cabinets ist kaum mehr zu vermeiden, schon liegen sich die Blätter beider Richtungen in den Haaren. Der Ministerpräsident sucht eine neue Stütze in der „constitutionellen“ Partei und in den Reihen derer, welche der letzten Regierung Serrano's gedient haben, und diese sind froh, so schnell von der mageren Wartewiese an die fette Weide des Regierungstisches zu gelangen. Ueber Paris kommt folgendes Telegramm: „Am Sonnabend unterzeichneten in Madrid alle der „constitutionellen Partei“ angehörigen Mitglieder, welche seit dem 3. Januar 1874 bis zur Thronbesteigung Don Alfonso's an der Regierung waren, einen von dem ehemaligen Minister Alonso Martinez entworfenen Act, in welchem sie die neue königliche Regierung annehmen und derselben ihre vollständige Unterstützung in allen den Krieg, die Finanzen und die öffentliche Ordnung betreffenden Fragen zusagen.“ Da werden wir wohl bald mehr hören. — Der „Morning Post“ wird berichtet, daß von den Carlisten bereits 448 Offiziere aller Grade Cabrera's Convenio beigetreten seien. Da ist wohl Jeder mehrmals gezählt.

Deutschland.

Δ Berlin, 27. April. Die Justizcommission des Reichstags hat heute ihre zweite Sitzung, sie setzte die Beratung der Civilprozeßordnung fort und erledigte einige 40 Paragraphen. Im Wesentlichen gelangte der Regierungsentwurf zur Annahme, nur einige Modificationen wurden angenommen, welche die Grundzüge des Entwurfs nicht berühren. Verbesserungsanträge in ganzen Gruppen sind bis jetzt eingegangen von den Abgg. Kienpfeiffer (Olpe), Bähr (Cafel) und Wolfsohn. Seitens der Reichsregierung theilte sich heute der Director des Reichsjustizamts v. Arnberg lebhaft an den Debatten. Die Commission wird übrigens ohne Unterbrechung täglich Sitzungen halten. Von den Mitgliedern ist auch der Abgeordnete von Puttlamer durch Unwohlsein am Erscheinen verhindert. — Die erste der Interpellationen, welche das Centrum des Abgeordnetenhauses bezüglich der Verhandlung politischer Gefangenen vorbereitet hatte, ist eingebracht und soll morgen zur Beratung kommen. Bekanntlich sind von Reichs wegen bereits Schritte für den Erlass eines allgemeinen Gesetzes für das Gefängniswesen in Folge der begütlichen Resolutionen des Reichstages geschehen. Es ist indeß um so weniger anzunehmen, daß die Angelegenheit bis zur Erledigung dieses Gesetzes, dessen Vorlegung in der nächsten Reichstagsession mindestens fraglich ist, vertagt werden möchte. Bei Verhandlung über die gedachte Reichstagsresolution im Bundesrathe ist, soweit erinnlich, die Nothwendigkeit einer Erneuerung bezüglich der politischen Gefangenen für Preußen besonders betont worden. Bisher ist nicht bekannt geworden, ob und wie weit dieselbe namentlich bezüglich der Selbstbefreiung factisch eingetreten ist und man sieht deshalb nicht ohne Spannung auch außerhalb des Centrums der Beantwortung der Interpellation entgegen.

Die Justizcommission des Herrenhauses empfiehlt den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Ertheilung der Corporationsrechte an Baptisten gemeinden zur Annahme. Die Baptisten haben in den letzten Decennien in Deutschland eine steigende Verbreitung gefunden. Die Zahl der Baptisten gemeinden war im Jahre 1873 in ganz Deutschland 74. Sie hatten insgesamt 14,369 Mitglieder und brachten 42,228 Thlr. für wohlthätige Zwecke auf. Der bei weitem größere Theil dieser Gemeinden entfällt auf Preußen.

Der Oberhof- und Hausmarschall, Ober-Stallmeister, Wirkl. Geh. Rath und Generalleutnant Graf Büdler hat heute, am 26. April, eine 60jährige Dienstzeit zurückgelegt, welche sich von seinem an diesem Tage im Jahre 1815 erfolgten Eintritt als Secondelieutenant in das zweite Garde-Regiment zu Fuß datirt. Aus Veranlassung dieser Feier ist demselben von dem Kaiser, als dessen Hofmarschall Graf Büdler bereits seit 1836 fungirt, der schwarze Adlerorden verliehen worden.

Wie sehr eine anderweitige gesetzliche Regelung der kirchlichen Vermögens-Verwaltung in den katholischen Gemeinden auch schon aus mancherlei praktischen Gründen geboten erscheint, dafür wurden vor einigen Tagen in Abgeordnetentreifen unter Anderem folgende Vorkommnisse erzählt, die sich erst in allerneuester

Zeit zugetragen haben sollen. Demnach ist vor Kurzem ein durch seinen ultramontanen Fanatismus ausgezeichneter katholischer Geistlicher in Schlesien mit einem Kirchenvermögen von 4000 \mathcal{M} durchgegangen, und hat überdies noch an den zum Katholicismus übergetretenen Canonicus v. R. in Breslau, der früher in der betreffenden Gemeinde einmal Geistlicher gewesen ist, geschrieben, er möchte jetzt nun wieder zu seinen ehemaligen Partikeln zurückkehren, die dann wohl nach dieser Erfahrung sämmtlich altkatholisch werden würden. Ferner ist im Kreise Ratibor neuerdings ein katholischer Geistlicher unter Hinterlassung eines Deficits von ca. 700 \mathcal{M} mit dem Tode abgegangen, Thatsachen, die ihrerseits auch wohl dafür sprechen, daß die katholischen Gemeinden durch Gemeindevorstellungen und Kirchenvorstände an der Beforgung der kirchlichen Vermögensverwaltung theilhaftig werden, wie der bezügliche Gesetzentwurf dies ankündet.

* Die dritte Versammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege findet in diesem Jahre zu München am 13., 14. und 15. September statt. Auf der Tagesordnung steht: I. Feststellung eines Planes zur Unterordnung des örtlichen und zeitlichen Vorkommens von Typhusepidemien. Referent Prof. Dr. M. v. Pettenkofer (München). Correferent Stabsarzt Dr. Port (München). II. Ueber die hygienischen Anforderungen an Neubauten, zunächst in neuen Quartieren größerer Städte. Referent: Dr. Gg. Barrentrapp (Frankfurt a. M.). Correferent: Ingenieur Bürkli - Ziegler (Zürich). III. Anforderungen der Gesundheitspflege an die Rost in Wäffenhäusern, Kasernen, Gefangen- und Alters-versorgungs-Anstalten, sowie in Volksschulen. Referent: Professor Dr. Voit (München). IV. Ueber Ziele, Mittel und Grenzen der sanitätspolizeilichen Controlirung einiger wichtiger Nahrungsmittel, insbesondere des Brodes und Fleisches. Referent: Dr. Heuser (Barmen). V. Ueber öffentliche Schlachthäuser und die Einführung des allgemeinen Schlachtwangs, sowie der obligatorischen Fleischschau mit besonderer Berücksichtigung der Entschädigungspflicht der Gemeinden den Schlachtern gegenüber. Referent: Oberbürgermeister Gobbin (Görlitz). Correferent: Dr. Börner (Berlin). VI. Antrag Lent und Genossen, betreffend die Emanirung eines allgemeinen deutschen Leichenschaugesetzes mit, wo möglich, ärztlicher Constatirung der Todesursachen.

— Der Accord-Termin im Concurse der Westend-Gesellschaft H. Quistorp soll auf den 10. Mai c. anberaumt sein.

Nachen, 27. April. Bei der heute von den Stadtverordneten vorgenommenen Wahl eines Bürgermeisters wurde einstimmig der Beigeordnete v. Weise in Köln gewählt.

Münster, 27. April. Wie der „Westfälische Merkur“ meldet, ist der Bischof Brinkmann aus seiner Gefangenschaft in Warendorf entlassen worden.

Aus Mecklenburg. Es heißt allgemein in Mecklenburg, daß in letzter Zeit eine sehr energische Vorstellung aus Berlin an die mecklenburgischen Regierungen zu Schwerin und Strelitz eingetroffen sei, damit diese sich kräftiger als bisher der Reform der mecklenburgischen Feudalverfassung annehmen und diese unerquickliche Angelegenheit, wenn irgend möglich, vor dem Zusammentritt des nächsten deutschen Reichstags einigermaßen in Ordnung bringen mögen. Die Regierungsblätter beider Großherzogthümer enthalten indeß bisher noch kein einziges Wortlein über die Pläne und Absichten der Regierungen hinsichtlich der Verfassungsreform. Der reactionär-particularistische Theil der mecklenburgischen Ritterschaft hat sich jetzt gänzlich unter die Leitung des Convertiten Kammerherrn von der Reitenburg auf Matgenorf gestellt, der seine Söhne im Jesuitenloster zu Jnnshof erzihen ließ, und des Landraths Graf Bernstorff, der 1866, während der Großerhoge Friedrich Franz im Felde gegen die Oesterreicher stand, recht augenfällige Sammlungen für die österreichischen Verbündeten veranstaltete.

Schweiz.

Bern, 27. April. Der Bundesrath hat bei der italienischen Regierung wegen Verzögerung des Ausbaues der Eisenbahn von Chiasso nach Camerlata, welche die Verbindung der Gotthardbahn mit den oberitalienischen Bahnen herstellen soll, Beschwerde erhoben und die deutsche Regierung dem Vernehmen nach der Vorstellung des Bundesraths ihre Unterstützung zu Theil werden lassen.

Frankreich.

Paris, 25. April. Die Pariser Radicales und Freigeister begraben gestern einen der Jhrigen, den Gemeinderath und Vicepräsidenten der Freimaurerloge zum Großen Orient, Alexander Massol. Die Partei hatte alle ihre in Paris weilenden Führer, darunter auch Gambetta, Louis Blanc, Challemeil-Lacour, Barodet, aufgebeten. Der Freimaurer waren über 5000 zu dem Begräbnis erschienen, welches sich unter ungeheuerem Volkszulauf vom Faubourg Saint-Martin nach dem Pere Lachaise bewegte. Jede geistliche Mitwirkung war, wie sich von selbst versteht, ausgeschlossen. Auf dem Friedhofe entwickelte die Polizei, die sich bei der Beerdigung Edgar Quinet's so taktvoll gezeigt hatte, einen sehr unglücklichen Eifer. Der Leichenzug wurde in der großen Allee mehrmals von den Stadtbeigeanten unter dem Vorwande, die Ordnung aufrecht zu erhalten, mit Fauststößen durchbrochen und mehrere Personen, unter ihnen der Gemeinderath Loiseau-Binson, trugen arge Verletzungen davon. Am Grabe wollten die Reden gar kein Ende nehmen: Abgeordnete, Gemeinderäthe, Freimaurer, Gelehrte und persönliche Freunde des Verstorbenen ergriffen nach einander das Wort. Zuletzt ging die Menge unter stürmischen Hochrufen auf die Republik auseinander. — Graf Bari, ein Bruder des Königs von Neapel, welcher bis vor Kurzem dem Generalstabe der carlistischen Armee angehörte, hat diesen Dienst verlassen und befindet sich gegenwärtig in Bordeaux.

— Nach einem der „Liberte“ aus Petersburg überlieferten Telegramm ist der Marquis de Cauy im Duell mit dem Adjutanten des Großfürsten Wladimir erschossen worden.

Italien.

Florenz, 26. April. Der Kronprinz Humbert und die Kronprinzessin Margherita sind hier ein-

getroffen. Die Kronprinzessin des Deutschen Reichs war zum Empfang auf dem Bahnhofe anwesend.

England.

London, 26. April. Vom auswärtigen Amte ist dem Parlamente die vom Grafen Derby und dem deutschen Botschafter, Grafen Münster, am 14. d. unterzeichnete Declaration zugegangen, durch welche der Artikel 6 des Handelsvertrages zwischen England und dem Zollverein vom 30. Mai 1865 betreffend den Markenschutz auf das gesammte Gebiet des deutschen Reichs ausgedehnt wird. (W. T.)

— Der Versöhnungs-Ausschuß von Grubenbesitzern und Arbeitern in Nord-Wales, zu dem jede der beiden Parteien neun Vertreter stellt, hat seine Sitzungen in Chester begonnen. Die Abgeordneten der Arbeiter werden für die Zeit der Verhandlung bezahlt, und es werden hierzu in den Kohlenwerken des Bezirks Beiträge von 1 S. auf den Kopf erhoben. In allen Gruben, nur zwei ausgenommen, wird jetzt gearbeitet, und man darf annehmen, daß die Mehrzahl der Leute der Entscheidung des Ausschusses, wie diese auch immer ausfallen möge, keinen Widerstand entgegenzusetzen wird. Doch fehlt es auch hier nicht an Hartköpfigen, die eine Arbeitseinstellung der Annahme einer Lohnherabsetzung vorziehen, im Falle der Ausschluß sich für letztere entscheiden sollte. In Süd-Wales sind die Arbeiter dagegen unerschöpflich, und die dem Vereine angehörenden Grubenbesitzer von Monmouthshire und Süd-Wales traten letzten Freitag in Cardiff zusammen, um dieser Haltung der Arbeiter gegenüber sich weiter zu beraten. Bei Schluß der Versammlung wurde den Berichterstattern der Presse, die zu den Verhandlungen selbst keinen Zutritt hatten, eine Erklärung mitgetheilt des Inhalts, daß sämmtliche dem Verbands angehörigen Meister ihre Gruben nächsten Montag öffnen werden, da sie glauben, ein großer Theil der Leute sei bereit, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Löhne werden gegen die im Dezember 1874 gezahlten um 15 pCt. herabgesetzt. Die Arbeitssperre ist somit zu Ende, ob aber der Streik, das ist eine andere Frage. Inzwischen wächst die Noth von Tag zu Tag, die Unterstützungen sind bei der großen Anzahl der Bedürftigen unzureichend und bringen die Bitten laufen von allen Seiten an das Hilfscomité in Cardiff ein. — Das britische Panzerschiff „Devastation“ ist mit dem „Hercules“ nach einer fünftägigen Fahrt von Plymouth in Lissabon angekommen. Trotz stürmischem Wetter ist die Fahrt zu voller Zufriedenheit der an Bord befindlichen Männer der Wissenschaft ausgefallen.

Russland.

Petersburg, 27. April. Am Geburtstag des Kaisers, den 29. d. M., wird die Taufe der Tochter des Großfürsten-Thronfolgers der Großfürstin Xenia stattfinden. — Der Bogoslawsker Bergbezirk (Gouvernement Perm) ist an den Staatsrath Baschmakow für das von demselben gemachte Meistgebot von 2,050,000 Rubel verkauft worden.

Amerika.

New-York, 10. April. Nach einer Notiz in der neuesten Nummer der „New-Yorker Volksztg.“ bringt die christliche Bevölkerung der Vereinigten Staaten ungefähr 200 Mill. Doll. für Kirchen- und Missionszwecke auf, wovon 49 Mill. für Salairirung der Geistlichkeit verausgabt werden, und zwar participiren daran die Methodistenkirche mit 10 Mill. Doll., die Baptistenkirche mit 8 Mill. Doll., die Congregationalisten mit 5 Mill. Doll., die Presbyterianer mit 5 Mill. Doll., die englische Hochkirche mit 5 Mill. Doll., andere evangelische Gemeinschaften mit 9 Mill. Doll., die Unitarianer und Universalisten mit 3 Mill. Doll., die römisch-katholische Kirche mit 8 Mill. Doll. Zusammen 49 Mill. Doll.

Danzig, 28. April.

* Aus Warschau, 27. April, wird gemeldet, daß der Wasserstand der Weichsel an diesem Tage 6 Fuß 9 Zoll betrug und das Wasser noch langsam zunimmt.

* Nächsten Sonnabend, Nachmittags 3 Uhr, läuft Sr. Maj. Corvette „Vineta“ nach erhaltener Grundreparatur wieder vom Stapel.

* Se. Maj. Kanonenboot „Cyllor“ macht heute seine letzte Probefahrt und wird voraussichtlich morgen früh die Rheide verlassen, um sich zunächst nach Kiel und von da in die ostasiatischen Gewässer zu begeben.

* Seit Kurzem ist im städtischen Museum ein Delgemälde „Dornröschen“ von Frau Emilie Wohlmuth aufgestellt. Der competente Beschauer wird auf den ersten Blick erkennen, daß die Dame aus der Münchener Schule hervorgegangen ist und etwas Tüchtiges hindert hat; besonders verdient die Technik des Bildes alle Anerkennung. Auch gebührt der feinen Composition, mit der das Bild gemalt ist, und der allerhöchsten Composition unser aufrichtiges Lob. Offen wir deshalb, daß das Bild nicht unsern Ort verlassen wird.

* Verkauft wurden die Grundstücke: 1) Sophaasse Nr. 24 von dem Antier Schaback an den Restaurateur Punsche für 39,000 \mathcal{M} 2) Galleweil Nr. 2 u. 3 von dem Rentier J. W. Zahn an den Antier W. Christoph für 30,000 \mathcal{M} 3) Heil-Geistgasse Nr. 75 von dem Kaufmann Hermann Döller an den Buchhalter Albert Schänke für 21,000 \mathcal{M} 4) Langgarten Nr. 11 von dem Rentier K. W. Zahn an den Tischlermeister F. D. Schibbe für 48,006 \mathcal{M} 5) Schäferlei Nr. 19 von der Wittve Schlicht an den Kaufmann Emil Berens für 30,600 \mathcal{M}

* Die Socialdemokraten haben schon mehrmals, bis ist aber vergeblich versucht, an unserm Dreieck Boden zu gewinnen. In der heutigen Nummer des Berliner „Neuen Socialdemokrat“ finden wir nämlich folgende Aufforderung: „Wer sich in Danzig an den social-demokratischen Ideen bekennt, möge nicht ermangeln, sich bis zum 30. April bei ... (folgt Name und Wohnung) einzufinden.“

* Die physikalisch-ökonomische Gesellschaft zu Königsberg macht bekannt, daß sie die ihr vom Provinziallandtage übertragene Arbeiten zur geologischen Erforschung der Provinz, derst ung einer geologischen Karte und Aufstellung eines Provinzialmuseums ununterbrochen fortsetzt. An Stelle ihres früheren, nach Berlin berufenen, Geologen Professor Dr. Berend ist ist Dr. Fenzl, bisher Sectionsgeologe bei der geologischen Aufnahme im Königreich Sachsen, getreten, welcher in derselben Weise wie in Vorgänger die Provinz bereisen und kartographisch aufarbeiten wird. Die Einwohner der Provinz werden gebeten, den genannten Herrn fördern zu unterstützen, damit die betreffenden Arbeiten möglichst rasch und möglichst genau vollendet werden können. Was das Provinzialmuseum betrifft, so wird dasselbe im Laufe dieses Som-

Heute früh 2 1/2 Uhr wurde meine liebe Frau Malwine geb. Marwitz von einem kräftigen Knaben glücklich entbunden, was ich hiermit statt jeder besonderen Meldung ergebend anzeige.
Oliva, den 28. April 1875.
5752) S. Dahmann.

Todes-Anzeige.
Heute Morgen 4 Uhr entschlief nach kurzem aber schweren Leiden an Gehirn-entzündung mein innigst geliebter Mann, unser guter Vater
Franz Bergmann,
im 24. Lebensjahre.

Verwandten und Freunden widmen wir diese Trauer-Anzeige mit der Bitte um stille Theilnahme.
Danzig, den 27. April 1875.
Die tiefbetrübte Hinterbliebene
Frau Bergmann, geb. Richter,
nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am 30. d. M., Nachmittags 5 Uhr, vom städtischen Lazareth aus statt.
(5752)
Gestern Abend 7 Uhr starb unser kleiner Walter. Er folgte seiner Schwester Elise nach, die ihm vor sechs Tagen vorangegangen ist.
Schlendorf, den 23. April 1875.
Baum und Frau
geb. Fleck.
5760)

Dampferverbindung
Danzig-Amsterdam
und
vice versa.
Anschluß an die Linien nach
Bordeaux, Mittelmeer,
der Levante und Java.
Dampfer Rembrandt geht ca. 4. Mai von hier.
Näheres bei
J. H. Rehtz & Co.

Fetten Räucherlachs,
in halben Fischen und ausgewogen, empfiehlt
C. W. Bonk, Tobiasgasse 14.
Maitrank!
Täglich von frischen Kräutern angefertigt, empfehlen pro Flasche zu 11 Sgr.
P. J. Ayoko & Co.
Neu! Neu!
Damenpostpapier
mit jedem Namen oder Buchstaben, in höchst elegantem 4farb. Broncebrud., à Buch 6 Sgr., empfehlen **A. & L. Claassen,** 5693) Seilgegeistgasse 100.

Sommer-Handschuhe
empfiehlt billigt
F. A. Sildebrandt,
Handschuh-Fabrik,
Sundegasse No. 107.
5377)

Die neuesten
Sonnenschirme
erhält aus Berlin und Wien in schöner Auswahl.
Regenschirme
in Seide, Wolle und Baumwolle.
Zurückgefertigte Sonnenschirme von 15 Sgr. an.
J. Könenkamp, Langgasse 15. (5766)

Getreide- und Mehl-Säcke
empfiehlt
bei stets gut sortirtem Lager
N. T. Angerer,
Langenmarkt 35.

Wegen Aufgabe des Geschäfts
verkaufe mein Lager von
Alsenide-Waaren
bedeutend unterm Einkaufspreis.
F. Fürstenberg,
82, Langgasse 82,
nahe dem Thore.

Ph. Wiszniewski,
3. Damm 3,
empfiehlt sein Lager
Pianinos
in Kreuz- u. schräglattiger Construction unter Garantie zu Fabrikpreisen.
Der antike Sandstein-Beischlag vor dem Hause Breitgasse 16 ist zu verkaufen. Näheres 2 Treppen hoch bei
John Domanski.
Eine braune Stute mit Füllen, 6jährig, 5'2" groß, fehlerfrei, ist Umstände halber billig zu verkaufen. Wo? sagt die Exped. dieser Zeitung. (5772)

Herren-, Damen- und Kinder-Stiefel und Schuhe
für Promenade, Gesellschaft und Haus, empfiehlt zur bevorstehenden Saison in höchst eleganter Ausführung und Fagon, bei größter Auswahl zu billigen Preisen
das Wiener Schuhwaaren-Depot
Langenmarkt **W. Stechern,** Langenmarkt
No. 17. No. 17.

Herren-, Damen- und Kinder-Stiefel und Schuhe
für Promenade, Gesellschaft und Haus, empfiehlt zur bevorstehenden Saison in höchst eleganter Ausführung und Fagon, bei größter Auswahl zu billigen Preisen
das Wiener Schuhwaaren-Depot
Langenmarkt **W. Stechern,** Langenmarkt
No. 17. No. 17.

Herren-, Damen- und Kinder-Stiefel und Schuhe
für Promenade, Gesellschaft und Haus, empfiehlt zur bevorstehenden Saison in höchst eleganter Ausführung und Fagon, bei größter Auswahl zu billigen Preisen
das Wiener Schuhwaaren-Depot
Langenmarkt **W. Stechern,** Langenmarkt
No. 17. No. 17.

Herren-, Damen- und Kinder-Stiefel und Schuhe
für Promenade, Gesellschaft und Haus, empfiehlt zur bevorstehenden Saison in höchst eleganter Ausführung und Fagon, bei größter Auswahl zu billigen Preisen
das Wiener Schuhwaaren-Depot
Langenmarkt **W. Stechern,** Langenmarkt
No. 17. No. 17.

Herren-, Damen- und Kinder-Stiefel und Schuhe
für Promenade, Gesellschaft und Haus, empfiehlt zur bevorstehenden Saison in höchst eleganter Ausführung und Fagon, bei größter Auswahl zu billigen Preisen
das Wiener Schuhwaaren-Depot
Langenmarkt **W. Stechern,** Langenmarkt
No. 17. No. 17.

Herren-, Damen- und Kinder-Stiefel und Schuhe
für Promenade, Gesellschaft und Haus, empfiehlt zur bevorstehenden Saison in höchst eleganter Ausführung und Fagon, bei größter Auswahl zu billigen Preisen
das Wiener Schuhwaaren-Depot
Langenmarkt **W. Stechern,** Langenmarkt
No. 17. No. 17.

Herren-, Damen- und Kinder-Stiefel und Schuhe
für Promenade, Gesellschaft und Haus, empfiehlt zur bevorstehenden Saison in höchst eleganter Ausführung und Fagon, bei größter Auswahl zu billigen Preisen
das Wiener Schuhwaaren-Depot
Langenmarkt **W. Stechern,** Langenmarkt
No. 17. No. 17.

Herren-, Damen- und Kinder-Stiefel und Schuhe
für Promenade, Gesellschaft und Haus, empfiehlt zur bevorstehenden Saison in höchst eleganter Ausführung und Fagon, bei größter Auswahl zu billigen Preisen
das Wiener Schuhwaaren-Depot
Langenmarkt **W. Stechern,** Langenmarkt
No. 17. No. 17.

Herren-, Damen- und Kinder-Stiefel und Schuhe
für Promenade, Gesellschaft und Haus, empfiehlt zur bevorstehenden Saison in höchst eleganter Ausführung und Fagon, bei größter Auswahl zu billigen Preisen
das Wiener Schuhwaaren-Depot
Langenmarkt **W. Stechern,** Langenmarkt
No. 17. No. 17.

Herren-, Damen- und Kinder-Stiefel und Schuhe
für Promenade, Gesellschaft und Haus, empfiehlt zur bevorstehenden Saison in höchst eleganter Ausführung und Fagon, bei größter Auswahl zu billigen Preisen
das Wiener Schuhwaaren-Depot
Langenmarkt **W. Stechern,** Langenmarkt
No. 17. No. 17.

Herren-, Damen- und Kinder-Stiefel und Schuhe
für Promenade, Gesellschaft und Haus, empfiehlt zur bevorstehenden Saison in höchst eleganter Ausführung und Fagon, bei größter Auswahl zu billigen Preisen
das Wiener Schuhwaaren-Depot
Langenmarkt **W. Stechern,** Langenmarkt
No. 17. No. 17.

Herren-, Damen- und Kinder-Stiefel und Schuhe
für Promenade, Gesellschaft und Haus, empfiehlt zur bevorstehenden Saison in höchst eleganter Ausführung und Fagon, bei größter Auswahl zu billigen Preisen
das Wiener Schuhwaaren-Depot
Langenmarkt **W. Stechern,** Langenmarkt
No. 17. No. 17.

Nach Eingang

der aus den renommiertesten Fabriken des In- und Auslandes und von den Mehlplätzen bezogenen Waaren, bietet unser Tuch-Engros-Lager die bedeutendste Auswahl in

farbenächten, elegantesten Stoffen, englisches u. deutsches Fabrikat, für Paletots, ganze Anzüge, Beinkleider und Westen.

Bei Abgabe einzelner Meter berechnen wir billigste Engros-Preise, erlauben uns auf die bedeutenden Vortheile wiederholt ergebend aufmerksam zu machen und laden mit dem Bemerken zu zahlreichen Ankäufen ein, daß wir auch sämtliche zur Herrengarderobe gehörigen Futterstoffe, englisches und deutsches Fabrikat, zu Engros-Preisen ausschneiden.

Riess & Reimann, Breitgasse No. 56.

Das
Schuh- u. Stiefel-Magazin
von
Fr. Kaiser,
Jopengasse No. 20, eine Treppe,
empfiehlt
seine Fabrikate in neuesten Fagons und gediegener Arbeit für Herren, Damen und Kinder zu soliden und festen Preisen.
Ältere Bestände werden billig ausverkauft.

Sämmtliche Neuheiten
für die
Frühjahrs- u. Sommer-Saison,
als:
Jaquets, Paletots, Rotunden, Röder, Talmas, Westen, Fichus und Dollmans,
sind in größtartigster Auswahl in allen neuen Stoffen, sowohl in einfacher wie elegantester Ausstattung am Lager und empfehle dieselben zu außerordentlich billigen Preisen.
H. Peril, Langgasse No. 70.

Das
Manufaktur- u. Leinen-Lager
von
Alexander van der See Nachf.
Holzmarkt No. 18,
wird wegen nöthigen Umbaus des Geschäftslocales bedeutend verringert.
Das Lager enthält eine große Auswahl schwarzer und colorirter Alpaca's, die im Preise bedeutend ermäßigt sind, mit 3 1/2, 4, 5, 6, 7 bis 10 Sgr. abgegeben werden, ebenso reinwollene und halbwollene Rippe zu sehr billigen Preisen.
Ferner: Creas-, Gebirgs- und Schlesisch-Leinen in Stücken von 34 bis 35 Meter zu 7, 8, 9, 10 Thlr.
Außerdem eine große Partie ganz ächter Bettbezüge von 2 1/2 bis 7 Sgr. pr. Elle, Bettbrillische, Einschüttungen, Shirtings, Towlas, Wiener Court, Pique's, Bettdecken, Gardinenzeuge. Als ganz besonders billig empfehle ich noch:
500 Stück 5/4-breite ächte Cattune, Pique's und Jaconnet's
von 3 Sgr. pr. Elle an.

Herren-, Damen- und Kinder-Stiefel und Schuhe
für Promenade, Gesellschaft und Haus, empfiehlt zur bevorstehenden Saison in höchst eleganter Ausführung und Fagon, bei größter Auswahl zu billigen Preisen
das Wiener Schuhwaaren-Depot
Langenmarkt **W. Stechern,** Langenmarkt
No. 17. No. 17.

Nachdem mir von der Lübecker Feuerversicherungs-Gesellschaft in Lübeck das Amt ihres General-Agenten und General-Bevollmächtigten für Westpreußen übertragen worden ist, empfehle ich mich zu Versicherungs-Abchlüssen gegen Feuergefahr, Blitz- und Explosionsgefahr auf bewegliche und unbewegliche Gegenstände aller Art zu festen und billigen Prämien.
Danzig, den 26. April 1875.
Der General-Agent u. General-Bevollmächtigte der Lübecker Feuerversicherungs-Gesellschaft.
George Weber.
Comtoir: Sundegasse No. 43.

Für die
Lübecker Feuerversicherungs-Gesellschaft
werden
tüchtige Agenten
für Danzig und Umgegend gesucht und Anmeldungen im Comtoir, Sundegasse 43, entgegengenommen.

Cigarren-Ausverkauf.
Wegen Geschäfts-Aufgabe zu Fabrikpreisen:
Diverse feine Havana's von 60—80 Sgr. pr. Mille;
„Caprisoho de Cuba“, früher 55 Sgr., jetzt 30 Sgr.;
„Rodriguez“ in 1/30 Kisten, statt 30 Sgr. jetzt 22 Sgr.;
„Upmann“, schöne Qualität, weißer Brand, statt 20 Sgr. jetzt 16 1/2 Sgr.;
Diverse Sorten statt 15, 18 und 10 Sgr. jetzt 12, 10 1/2 und 8 1/2 Sgr.
Unter 100 Stück werden zu obigem Preise nicht abgegeben. Restpartien sehr billig. Wiederverkäufer besondere Vortheile.
Melzergasse 37. Louis Schwaan & Co. (5382)

Am 27. April, Porten's-Fahrricht (incl. Prima) und Einjährigen-Examen, sowie zu denjenigen Examinas, behufs Eintritts in die Kaiserliche Marine, wird, mit Einfluß der Mathematik, den gesetzlichen Bestimmungen gemäß vorbereitet
früher Sandgrube, Rautenbergs part., jetzt Sandgrube 6-8, part.
Permanent. Mittagstisch
in den unteren Lokalitäten a 1 Mtl. empfiehlt
W. Johannes,
Trattenr,
Seilgegeistgasse 107.
Müller's Restaurant,
39. Breitgasse 39.
Heute sowie folgende Abende, Auftreten der Damen-Singpiel-Gesellschaft **Verolins** in Costumes. (5740)

Concerte B. Bilse
den 3. und 4. Mai cr.
Billets a 3 M. bei **F. A. Weber,**
Buch-, Kunst- u. Musikalienhandlung.
NB. Die bestellten Billets ref. reise ich nur bis Freitag. (5740)

Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus.
Donnerstag, den 29. April 1875:
Concert.
Kasseneröffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr. Abh. Entree im Saale a Person 3 Sgr., Kinder 5 Sgr., Kinder zahlen die Hälfte. (5743)

Selonke's Theater.
Donnerstag, d. 29. April. Auftreten der Chansonnetsängerin **Mik. Miksch** u. A.: Ein Abenteuerer Ludwig v. vrient's. Charakter-Auffpiel. Was die Kaiserin erzählt. Schwan
Pranster Lotterie. (Erster Gewinn: Eine Villa in Sopot.) a 3 M.
Königsb. Pferdlotterie a 3 M.
Austerburger " " a 3 M.
Hochflieger " " a 3 M.
Stettiner " " a 3 M.
Baltische " " a 3 M.
bei **Theodor Bertling,** Gasse.
Verantwortlicher Redacteur **G. Ködner**
Druck und Verlag von **A. B. Kasperow** in Danzig.
Hierzu eine Beilage.

Wellington's Hôtel,
Danzig, Brodkaufengasse No. 22,
schöne über dem Engl. Hause.
Einem hochgeehrten hiesigen wie auswärtigen Publikum die ergebene Anzeige, daß ich das früheres Wellington's Hotel käuflich übernommen habe und unter der Firma
Bujack's Hôtel
fortführen werde.
Ich empfehle meine elegant eingerichteten Fremdenzimmer zur gefälligen Benutzung, verspreche gute Speisen (zu jeder Tageszeit), Weine und Biere zu soliden Preisen bei freundschaftlicher Bedienung zu verabreichen und bitte um geneigten Zuspruch.
A. Bujack. (5768)

Lotterie des Germ. Museums
in Nürnberg. Loose a 3 Mtl. i. d. Exp. d. Dan. Rita
Wellington's Hôtel,
Danzig, Brodkaufengasse No. 22,
schöne über dem Engl. Hause.
Einem hochgeehrten hiesigen wie auswärtigen Publikum die ergebene Anzeige, daß ich das früheres Wellington's Hotel käuflich übernommen habe und unter der Firma
Bujack's Hôtel
fortführen werde.
Ich empfehle meine elegant eingerichteten Fremdenzimmer zur gefälligen Benutzung, verspreche gute Speisen (zu jeder Tageszeit), Weine und Biere zu soliden Preisen bei freundschaftlicher Bedienung zu verabreichen und bitte um geneigten Zuspruch.
A. Bujack. (5768)

